

Immigration: Ja, aber...

Trotz Wirtschaftskrise in EU 2 Mio. **offene Stellen** nicht besetzt. DIHK: D braucht aufgrund seiner demografischen Entwicklung in nächsten Jahren 1,5 Millionen qualifizierte Arbeitskräfte aus Ausland. Studien: Keine nennenswerten Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit oder Löhne einheimischer Arbeitskräfte in den Aufnahmeländern. Keine Belege für unverhältnismäßige Beanspruchung von Leistungen durch EU-Ausländer. Für 2014 wird für D mit 30.000 - 110.000 zusätzlichen Zuwanderern gerechnet. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: 1% Zulauf aus neuen EU-Mitgliedstaaten würde zu Anstieg von BIP um 0,5% führen. Bertelsmann-Stiftung: Zusatzeinnahmen für deutsche Sozialversicherung 14.000 Euro pro Einwanderer.

Wichtig: Debatten nicht durcheinander bringen. Probleme in deutschen Städten wie Duisburg haben nicht unbedingt mit Freizügigkeit zu tun. Durch Arbeitnehmerfreizügigkeit wird nicht Zugang in Sozialsysteme erleichtert, sondern Beschäftigungsmöglichkeiten. Bsp. Als Anfang 2011 deutscher Arbeitsmarkt für Polen + Ungarn geöffnet wurde, wirkte sich das positiv aus. Wichtig: Es gibt Regelungen. Sie müssen aber umgesetzt werden. Scheinselbständige/ Menschen ohne Aufenthaltstitel dürfen nicht "durchkommen". Staatssekretärsrunde für Datensammlung dazu (D) deshalb wichtig und richtig. Ausgangspunkt: Warum verlassen Menschen ihre Heimat? Dort ansetzen! 30% Rumänen und 44% Bulgaren nicht in der Lage, grundlegende Lebensbedarfe wie etwa Miete, Heizung, Mahlzeiten zu decken - darf das in EU sein? Mehr Druck ausüben auf Staaten, vor Ort aktiv zu werden!

Regulierung Honig

Gute Nachrichten für die kleinen Imker: Das EU-Parlament hat klargestellt, dass Pollen ein natürlicher Bestandteil von Honig sind und keine "Zutat". Die Bienen mischen den Pollen ja schließlich nicht absichtlich im Nachhinein in den Honig. So konnte sichergestellt werden, dass Honig auch zukünftig als "Naturprodukt" ohne teure und aufwendige Analysen verkauft werden darf.

Tabakproduktrichtlinie

In keinem Erdteil der Welt gibt es im Verhältnis zur Bevölkerungszahl so viele Raucher wie in Europa. Das neue EU-Tabakgesetz soll darauf abzielen, **junge Menschen vom Rauchen abzuhalten** und langfristig den Tabakkonsum zu reduzieren. **700.000 tabakbedingte Todesfälle** sind **EU-weit jährlich** zu beklagen. 70% der Raucher beginnen vor ihrem 18. Lebensjahr.

EP und Rat (Mitgliedstaaten) Kompromiss in 1. Lesung (muss noch formell bestätigt werden - Plenarabstimmung dazu voraussichtlich im März). Inkrafttreten der neuen Richtlinie Mitte 2014. Inhalt:

- kombinierte Text-/Bildwarnhinweise auf 65% der Vorder- und Rückseite v. Zigarettenschachteln
- Verbot irreführender Angaben wie "light", "mild", "organisch" oder "slim"
- Verbot von aromatisierten Zigaretten und Tabak zum Selbstdrehen, längere Übergangsfrist für Mentholzigaretten bis 2020
- umfassendes Rückverfolgungssystem und Einführung eines Sicherheitsmerkmals, um Zigarettenmuggel zu bekämpfen
- Einstufung E-Zigaretten als Verbraucherprodukte mit hohen Qualitäts-/ Sicherheitsstandards (z.B. kindersicherer Verschluss, konsistente Nikotinabgabe, maximale Nikotinkonzentration).

"Fitness Check" der Abfallpolitik: Plastikabfall, Plastiktüten

1. **Allgemeines Strategiepapier:** Neue, ambitionierte Recyclingziele für Plastikabfälle setzen. Derzeitige Zielvorgabe aus Verpackungsrichtlinie 1994: EU-Recyclingquote 22,5%. Das ist zu niedrig, denn fast 50% aller Kunststoffe in EU landen auf Deponien. Deutschland verwertet 95% des Plastikmülls (verbrennt allerdings 60%). Kunststoff wichtige Ressource = 8% der weltweiten Erdölproduktion. Abgestimmt letzte Woche im Plenum. Position KHF: Gegen Position der Sozialisten, die nicht biologisch abbaubare Kunststoffe bis 2020 verbieten wollen. Besser: Recycling und Getrenntsammlung stärken und weiter am Bewusstseinswandel arbeiten!

2. **Spezieller Vorschlag zu dünnwandigen Plastiktüten (Obsttheke):** Es bleibt Mitgliedstaaten überlassen, welche Maßnahmen sie genau ergreifen, aber Plastiktütenverbrauch soll im EU-Durchschnitt um 80% reduziert werden. D derzeit rund 175 Tüten/ Person/ Jahr, Dänemark 7. D muss also 35 Tüten reduzieren, Dänemark nichts mehr. Erfolgversprechendste Maßnahme: Abgabe auch auf dünnwandige Plastiktüten. Wichtig: Ausnahme für Tüten, die hygienisch nötig sind (Fleisch), Sicherstellen, dass deshalb nicht mehr vorverpackte Ware in Läden kommt (Obst) und Sonderstellung für Bio-Kunststoff (wenn nach EU-Standard - kommt oft aus D, EU; 'normale' Tüten fast nur aus China).